Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 6—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 128. | Dresden, Montag den 8. Juni 1914. | 25. Jahrg.

Nachdem das **Kabinett Viviani gescheitert** ist, wurde **Ribot** mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Bei einer **Ballonexplosion** in **Cezannes** (Frankreich) wurden **60 Personen verletzt.**

In **Odessa** wurden mehrere Hunderte Arbeiter **verhaftet.**

Beim **Panamakanal** ist ein **Erdrutsch** erfolgt.

Huerta beabsichtigt den Hafen von Tampico zu **blockieren.**

In **Pittsburg** traten 10000 Elektrizitätsarbeiter in den Streik.

Die Dreibundfeindlichkeit in Ungarn.

Aus **Budapest** wird uns geschrieben:

Seit den Tagen, da der ungarische Graf Andrassy mit Bismarck das Bündnis geschlossen hat, das als Grundlage des Dreibunds heute noch fortbesteht, gelten die Madjaren als die eigentlichen Stützen dieser Allianz. Andrassy selbst, das wissen wir heute aus der Biographie Wertheimers, sah in Rußland den gefährlichsten Feind der Madjaren und glaubte, daß die Herrschaftsstellung seines Volkes nur aufrecht zu erhalten sei, wenn es gelinge, einen Schutz und Damm gegen die slawische Flut zu gewinnen. Diesen sah er in dem deutschen Bündnis, das zugleich eine außerpolitische Ergänzung des Dualismus war, daß die Doppelmonarchie hüben auf die Herrschaft der Madjaren, drüben in Oesterreich wenigstens auf die deutsche Führung zu stützen sei. Mochte nun auch der Gedanke der Interessengemeinschaft der Madjaren und der Deutschösterreicher völlig verblaßt sein, ja zeitweilig mit dem Emporkommen antisemitischer und großösterreichischer Ideen in Wien dem schärfsten Gegensatz weichen, so hielt nicht nur die Erinnerung an das Eingreifen Rußlands im Jahre 1849, sondern auch die Orientpolitik die Dreibundfreundlichkeit in Ungarn aufrecht. Es gab allerdings schon in den neunziger Jahren Gegenströmungen. In der Person des damaligen Führers der Unabhängigkeitspartei, Ugron, verkörperten sich die lebhaften Sympathien für Frankreich, die allen Völkern des Ostens, Slawen, Rumänen und Madjaren, eigen, und die vor allem ein überliefertes Gefühlsverhältnis sind, ohne eigentliche politische Ideenursprünge, denn sie werden von Aristokraten wie von Demokraten geteilt. Uebrigens blieben die Ugronschen Kundgebungen und Versuche ohne praktische Bedeutung.

Nach einer solchen durch mehr als 35 Jahre festgehaltenen politischen Ueberlieferung muß es um so mehr auffallen, daß heute eine starke Gruppe der ungarischen Unabhängigkeitspartei mit dem Grafen **Karolyi** an der Spitze offen den Kampf gegen den Dreibund aufgenommen hat. In Ungarn versteht man sich in Szene zu setzen, und Graf Karolyi, der zweitreichste Aristokrat des Landes, dessen Vermögen auf hundert Millionen geschätzt wird, hat die Mittel und Verbindungen dazu. Es vereinigen sich noch andere Umstände, die seiner Stellungnahme Bedeutung verleihen. Er hat Talent und Temperament, die politische Erfahrung ersetzt das Geld und die bezahlten Sekretäre.

Nimmt man all diese Umstände zusammen, so scheint der dreibundfreundlichen Politik Karolyis eine erhebliche Bedeutung zuzukommen, sie scheint ein wesentliches Symptom der Stimmungen zu sein. Nach außen ist die Wirkung jedenfalls bedeutend. Karolyi hat sich in Paris von dem Präsidenten Poincaré empfangen lassen; ein Pressestreit darüber, ob dieser Empfang mit Zustimmung oder ohne Vorwissen des österreichischen Botschafters in Paris geschehen sei, gab ihm erst das rechte Relief. Vor allem wurde aber wochenlang über **einen Besuch Karolyis und mehrerer Abgeordneten der Unabhängigkeitspartei in Petersburg** eine Preßpolemik geführt, an der neben den Budapester und den Wiener Blättern auch die russischen und französischen teilnahmen. Das führende Panslawistenblatt, die Nowoje Wremja, nahm Karolyi ebenso in zärtliche Pflege wie die österreichischen Rußlandspilger oder jeden, der sich in Italien gegen den Dreibund äußert. Es geht da vieles in einen Sack, die Unabhängigkeitspartei fordert am schroffsten die madjarische Vorherrschaft in Ungarn, doch erfreut sie sich augenblicklich bei der **Nowoje Wremja** derselben Gunst wie die antimadjarische rumänische Irredenta. Karolyi hat nun auch in den Delegationen seiner Dreibundfeindlichkeit Ausdruck verliehen, allerdings traten gleichzeitig die zwei anderen bedeutendsten Führer der Opposition, Graf Andrassy und Graf Apponyi, für das Bündnis ein. Die Argumente, die Karolyi anführte, sind bezeichnend, denn einerseits spiegeln sie zweifellos Volksstimmungen wider, andrerseits offenbaren sie die Verflechtung von Motiven innerer und äußerer Politik. Karolyi wirft **Deutschland** vor, es habe **Oesterreich bei seinem Protest gegen den Bukarester Frieden im Stiche gelassen** und die **deutsche Industrie habe sich auf Kosten der österreichischen auf dem Balkan festgesetzt.** Von der deutschen Industrie verlangt er, auf die Ausfuhr nach dem Balkan zu verzichten, dabei aber ergänzt er als Ungar und Agrarier diese Ansicht dahin, daß die deutsche Konkurrenz bisherige österreichische Schutzzöllner bereit gemacht habe, die Agrarzölle gegen Serbien herabzusetzen, hierdurch würde aber die ungarische Landwirtschaft leiden. Ein weiterer Vorwurf gegen den Dreibund lautet, **er zwinge Oesterreich-Ungarn schwere Rüstungen auf.** Natürlich weiß Karolyi ganz genau, daß das erste und das zweite Wehrgesetz unmittelbar mit Aehrenthals Annexions- und Berchtolds Albanienpolitik zusammenhängen. Aber er weiß auch, daß Armeefragen Herzensfragen des Königs und namentlich des Thronfolgers sind. Diesen gilt es aber gegen Tisza zu gewinnen. Deshalb hat zwar Karolyi in den Delegationen über den rüstenden Dreibund geklagt, **beim Marinebudget aber enthielt er und enthielten sich alle Oppositionellen jeder Kritik,** in fünfundzwanzig Minuten war die Marine erledigt. Es ist bekannt, daß die Dreadnoughts die ganz besondere Liebhaberei des **Erzherzogs Franz Ferdinand** sind.

Ja, die Opposition hat in den Delegationen ein übriges getan. Sie machte sich zum Wortführer der **Wünsche der Offiziere nach Erhöhung der Gagen,** die Tisza bekämpft, weil er fürchtet, er müßte dann auch die Beamtengehälter verbessern. Je lauter die Offiziersfronde schreit, je einflußreicher sie beim Thronfolger ist, desto mehr Aussicht, mit ihrer Hilfe Tisza aus dem Sattel zu heben. Hier nun sind wir bei dem eigentlichen Punkte der Erklärung. Die schamlose Gewaltherrschaft des Tyrannen hat die Opposition in eine Art von Verzweiflung versetzt. Es besteht der bitterste persönliche Haß, den die regierende Brutalität Tiszas, die das Parlament zur Wachtstube der Parlamentsgarde erniedrigt und die Preßfreiheit schamlos geknebelt hat, reichlich verdient. Sogar von der Trauerfeier für Kossuth im Parlament blieben die Oppositionellen fern. Da nun alle Versuche, Tisza zu erschüttern, vergeblich, alle Kämpfe fruchtlos geblieben sind, will die Opposition sich wenigstens den Wiener Gönnern unseres Despoten unangenehm und furchtbar machen. Dazu bieten dreibundfeindliche Kundgebungen das beste Mittel. Denn sie schaffen immer wieder internationale Verlegenheiten. Man sagt gewissermaßen dem König: **Willst du den Skandal der russenfreundlichen Kundgebungen hemmen, so entlasse Tisza.** Freilich geht der Gegensatz zwischen der Opposition und der Regierung weit über diese persönlichen Verfeindungen hinaus. Die beiden Adelscliquen mit ihrem Anhang, die sich bekämpfen, suchen dem ungarischen Problem, jede von einer anderen Seite, beizukommen. Es handelt sich aber um nichts Geringeres als um die Erhaltung Ungarns als Nationalstaat und als Staat der Privilegierten.

Wie die Dinge heute liegen, wird sich die Entrechtung der unteren ungarischen Schichten kaum noch halten lassen — aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen. Die Proletarisierung, das lehren auch die Steuerergebnisse, hat unter den Madjaren die stärksten Fortschritte gemacht. Sie bilden den grundherrlichen Adel, die Bourgeoisie, die Beamtenschaft nahezu ausschließlich, und bilden den größten Teil des besitzlosen Proletariats in Land und Stadt, sie zeigen die ausgeprägteste soziale Differenzierung. Das soziale Unrecht der Junkerherrschaft drückt also die Volksmassen des herrschenden Stammes am härtesten.

Daraus ergibt sich die zwiespältige Politik Tiszas und Karolyis, die jede nach ihrer Art im Mißerfolg enden muß. Tisza sucht die Nationen zu versöhnen. Er hat in Kroatien **die madjarische Eisenbahnsprache wieder abgeschafft,** er paktiert mit den Rumänenführern. Ein ordinärer Schacher, der nur für den Augenblick Frieden geben, die notwendigen Entwicklungen aber nicht hemmen würde. Karolyi befehdet jedes Entgegenkommen gegenüber den Nationen als Verrat an der madjarischen Vormacht, aber er möchte mit den demokratischen Wahlrechtsforderungen der Massen paktieren. Doch wird ein allgemeines, gleiches Wahlrecht, ehrlich durchgeführt, mit dem sozialen auch das nationale Privileg erschüttern! Vorläufig steht man freilich vor den Wahlen nach **Tiszaschem Stimmrecht,** das weder demokratisch ist, noch den Nationen Genüge tut. Aber so infam es ist, es wird doch den Demokraten und vielleicht auch den Sozialdemokraten in den Städten einigen Raum geben und wird auch die Vertreter der Nationalitäten in beschränktem Maße vermehren. Die Entwicklung Ungarns drängt über die Grenzen und den geistigen Horizont hinaus, in dem sowohl Regierungs- als Unabhängigkeitspartei, Tisza und Karolyi, eingeschlossen sind.

Reaktionäre Hetze.

Die Kreuzzeitung macht weiter in Empörung über die „**Majestätsbeleidigung**“ der **sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.** Interessant ist es, daß das feudale Blatt sich besonders **gegen die Liberalen** wendet, weil diese angeblich nicht scharf genug gegen die beim Kaiserhoch sitzen gebliebenen Sozialdemokraten vorgegangen seien. Die Kreuzzeitung schreibt:

„Es ist gewiß nicht zufällig, daß sie (die Sozialdemokraten) diesen Vorstoß zur Eroberung monarchischen Terrains gerade jetzt unternehmen. Denn wodurch ist dies Jetzt gekennzeichnet? Durch so enge Beziehungen der Sozialdemokratie zum Liberalismus, wie sie vielleicht bisher niemals bestanden haben. Sie bildet mit ihm im Reichstage die Mehrheit der Linken, und Wahlabhängigkeiten herüber und hinüber schlingen die festesten Bande. In einem solchen Augenblicke durfte die Sozialdemokratie wohl am ehesten darauf rechnen, daß ihr Vorstoß, ihre Herausforderung an den monarchischen Gedanken, die sonst bei dem gesamten Bürgertum Entrüstung und einen Gegenstoß hätte hervorrufen müssen, tatenlos hingenommen werden würde. Und darin hat sie sich, soweit das die bisherigen Aeußerungen der liberalen Presse erkennen lassen, nicht verrechnet.“

Es zeigt sich hier wieder sehr deutlich, was es mit dem Monarchismus der Junker auf sich hat. Ihre Entrüstung über das Verhalten der Sozialdemokratie ist **nichts als parteitaktische Mache.** Die Junker wollen auch diese Gelegenheit gern ausnutzen, um die Mittelparteien in Angst zu versetzen und um so jede Politik des Fortschritts zu verhindern.

Daß es den Junkern **hierauf allein** ankommt, zeigen die weiteren Ausführungen der Kreuzzeitung gegen die mildesten Anregungen, das deutsche Verfassungsleben fortzubilden. Sie sagt u. a.:

„Niemand vermag ehrlicherweise zu leugnen, wie sehr diese (die Rechte der monarchischen Gewalt) **vom Reiche her** bedroht sind. Wir haben gesehen, daß **nationalliberale und Zentrumspolitiker offen für eine „Weiterbildung“ der Verfassung in der Richtung des Parlamentarismus** eingetreten sind. Und möglicherweise wird die Frage sehr bald brennend. Hat doch der Abgeordnete **Müller** (Meiningen) angekündigt, daß er im Herbst die Berufung einer Reichstagskommission beantragen wolle, welche die staatsrechtliche Stellung des preußischen Kriegsministers und des Militärkabinetts untersuchen soll. Die kaiserliche Kommandogewalt scheint danach das nächste Ziel der demokratischen Angriffe zu sein.“

Der Fall lehrt, daß die echtpreußischen Gesellen keine Gelegenheit ungenützt lassen, um den politischen Stillstand, das heißt die uneingeschränkte Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, zu sichern. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht und jede Heuchelei.

Die konservative Hetzpresse findet bei diesen reaktionären Bemühungen reichliche Unterstützung durch die **Zentrumspresse.** Die **Germania** ergeht sich jetzt auch in einem langen Schmähartikel gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und kommt schließlich zur Forderung **von gesetzgeberischen oder geschäftsordnungsmäßigen Maßnahmen:**

„Der Reichstag kommt hier aber auch selbst in sehr erheblicher Weise in Frage. Derartige öffentliche **antimonarische Kundgebungen,** wie das demonstrative Sitzenbleiben bei einem von seinem Präsidenten ausgebrachten Kaiserhoch, **kann und darf der Reichstag** sich im Interesse seiner Würde und seines Ansehens **nicht weiter gefallen lassen.** Er muß hier die **Selbsthilfe** gebrauchen, die ihm bereits geboten ist, oder diese Selbsthilfe noch **zu erweitern** suchen. Verlangen die Sozialdemokraten im Reichstage gleiche Berechtigung mit den bürgerlichen Parteien, so müssen sie auch die gleichen Verpflichtungen nach jeder Richtung hin auf sich nehmen. Sie haben das am Schlusse der Session durch ihre antimonarchische Demonstration gegenüber dem Kaiserhoch des Reichstags-Präsidenten abgelehnt. Sie müssen auch die Folgen aus dieser, nicht nur gegen den Monarchen, sondern auch gegen den Präsidenten des Reichstags geübten Demonstration auf sich nehmen und können sich nicht beklagen, wenn sie selbst durch ihr Verhalten diese Folgen provozieren.

Aber wenn der Reichstag gegenüber der Willkür und der antimonarchischen Demonstration der Sozialdemokraten etwas **Positives** tun will, so kann das nur geschehen unter voller **Uebereinstimmung der bürgerlichen Parteien und mit der Regierung** über ein gemeinsames Vorgehen, sei es auf **gesetzlichem** Wege, sei es auf dem Wege einer **Abänderung der Geschäftsordnung** des Reichstags.“

Die Zeiten sind vorüber, da die Zentrumsleute selbst als „Reichsfeinde“ gescholten wurden und da sie ihrerseits sorgsam über die Rechte der Volksvertreter im Reichstag Wacht hielten. Jetzt geht das Zentrum Seite an Seite mit den Reaktionären und sein Trachten geht dahin, wie es sich nach oben hin anbiedern kann.

Im übrigen wäre es recht interessant, zu erfahren, wie sich die Germania das Vorgehen gegen die sozialdemokratische Fraktion, sei es durch Gesetz, sei es durch die Geschäftsordnung, vorstellen mag. Vielleicht beantragen die schwarzen Männer, daß Abgeordnete, die nicht in ein Fürstenhoch einstimmen, des Mandats verlustig erklärt und auf einige Jahre ins Zuchthaus geschickt werden.

Am wenigsten wird die Monarchie durch diese Hetzkampagne der Reaktion in ihrem Ansehen gestärkt werden. Im **Volke** besteht auch bereits genug Klarheit darüber, daß es bei alledem den Rittern und Heiligen in Wirklichkeit keineswegs um schöne Sachen, wie Monarchie und „heiligste Gefühle“, geht, als vielmehr um Schutz und Mehrung ihrer ganz gewöhnlichen materiellen Interessen und Vorteile.

Wer Soldatenmißhandlungen erlebt hat ...

Wer einmal während seiner Dienstzeit Soldatenmißhandlungen erlebt hat, wer sie selbst erduldet hat oder mitansehen mußte, wie Söhne des Volkes durch harten Drill, durch Quälereien aller Art gepeinigt wurden, der weiß, wie notwendig die rücksichtslose Kritik ist, die die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit an dem heutigen Militärsystem übt. War es nicht die unbarmherzige Kritik Bebels im Reichstag, die in den 90er Jahren eine merkliche Abnahme der Mißhandlungen in der Kaserne bewirkt hat? Ist es nicht

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140608/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG